

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 14.09.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die Nukleare Aufrüstung und die Folgen daraus eskalieren. In den letzten Monaten hat das
- 2 Tempo nochmals deutlich zugenommen:
- 3 • Der Konflikt mit dem Iran schwelt nicht nur weiter, der Iran hat jetzt aufgrund der
- 4 Vertragsverletzungen durch die USA angefangen, die Urananreicherung wieder
- 5 hochzufahren.
- 6 • In der Folge der Irankrise droht bei einer weiteren Eskalation zeitnah eine nukleare
- 7 Aufrüstung von Saudi-Arabien, Ägypten, der Türkei und anderen Ländern der Region.
- 8 • Nach der Aufhebung der Autonomie des indischen Teils von Kaschmir droht hier eine
- 9 weitere Eskalation bis hin zu einem erneuten Krieg zwischen den beiden Staaten Indien
- 10 und Pakistan, mittlerweile beides Atommächte.
- 11 • Das Problem der nuklearen Bewaffnung Nordkoreas ist nach wie ungelöst.
- 12 • Der INF-Abrüstungsvertrag (über die Nicht-Stationierung von landgestützten Flugkörpern
- 13 mittlerer Reichweite) zwischen den USA und Russland wurde gekündigt und ist nicht mehr
- 14 Kraft.
- 15 • Auch der New Start-Vertrag (Vertrag zwischen den USA und Russland über strategische
- 16 Nuklearwaffen) könnte bald zur Disposition stehen.
- 17 Gleichzeitig hat der deutsch-niederländisch-britische Konzern Urenco angekündigt, in der
- 18 firmeneigenen Urananreicherungsanlage in New Mexico/USA Kapazitäten für eine
- 19 Vervierfachung
- 20 des bisherigen Urananreicherungsgrads für Brennelemente aufzubauen. Zukünftig soll Uran 235
- 21 statt bislang maximal auf 5% auf bis zu 19,75% angereichert werden. Ab der 20%-Grenze bei
- 22 der Urananreicherung gilt Uran als hochangereichert und waffenfähig. Konkretes Interesse an
- 23 dem deutlich höher angereicherten Uran hatte in den USA im Februar 2019 das US-
- 24 Verteidigungsministerium geäußert.
- 25 Die seit Langem geplante Modernisierung der in Büchel stationierten Nuklearwaffen, die
- 26 völkerrechtswidrig für den Einsatz durch deutsche Jagdbomber vorgesehen sind, hat nach dem
- 27 Ende des INF-Abkommens eine neue Brisanz gewonnen.
- 28 Wir fordern daher die deutsche Regierung auf:
- umgehend ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und den Beschluss des

- 29 deutschen Bundestages von März 2010 umzusetzen, die sogenannte Nukleare Teilhabe
30 aufzugeben und den Abzug der Nuklearwaffen aus Büchel durchzusetzen;
- 31 • sich klar und eindeutig gegen jegliche Stationierung neuer Nuklearwaffen in
32 Deutschland zu positionieren;
 - 33 • keine neuen Trägersysteme für Nuklearwaffen zu beschaffen bzw. vorhandene nicht zu
34 modernisieren;
 - 35 • auf die Bestückung von Trägersystemen mit Nuklearwaffen sowie Übungen zum Einsatz
36 von
Nuklearwaffen in Zukunft grundsätzlich zu verzichten;
 - 37 • sich gleichzeitig in der EU dafür einzusetzen, dass auf dem Gebiet der EU keine neue
38 Stationierung von Nuklearwaffen erfolgt;
 - 39 • ihrer Aufsichtspflicht bei der Urenco nachzukommen und umgehend die Anreicherung auf
40 über 5% zu unterbinden;
 - 41 • diplomatische Initiativen zu ergreifen, um einen INF-Nachfolgevertrag anzustreben
42 sowie die anderen bestehenden Abrüstungsverträge dauerhaft zu sichern;
 - 43 • endlich den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (Treaty on the Prohibition of Nuclear
44 Weapons, TPNW) zu unterschreiben und sich für die Ratifikation einzusetzen.